

Antrag

Initiator*innen: Tobias Goldschmidt (KV Plön)

Titel: **Klimaschutz vorantreiben, auch wenn der Wind von vorne kommt!**

Antragstext

1 Einerseits: Das Jahr 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der
2 Wetteraufzeichnung in Schleswig-Holstein. Die Klimakrise ist voll da, und das
3 gilt auch für unser Land. Die Ostsee hat sich in den vergangenen dreißig Jahren
4 um 2 °C erwärmt. Die globale Durchschnittstemperatur hat sich gegenüber dem
5 Zeitraum 1850-1900 um rund 1,2 °C erwärmt. Die CO₂-Emissionen stiegen 2024
6 erneut um 0,8 %. Extremwetterereignisse nehmen zu. Die Zahl der Hitzetoten in
7 Europa steigt jährlich. Schon jetzt liegt die Zahl in den Zehntausenden.
8 Weltweit werden zig Millionen Menschen von der Klimakrise zur Flucht gezwungen.
9 Es ist von entscheidender Bedeutung für jeden Winkel dieser Erde, dass auf der
10 Weltklimakonferenz in Belem Fortschritte gemacht werden. Das gilt auch für das
11 Küstenland Schleswig-Holstein.

12 Andererseits: Weltweit waren im Jahr 2024 etwa 92,5% der zugebauten
13 Kraftwerkskapazitäten zur Energieerzeugung erneuerbare Kraftwerkskapazitäten. Im
14 Jahr 2023 erreichten Erneuerbare global erstmals einen Anteil von 30% am
15 Strommix. In Schleswig-Holstein werden schon heute rund 200% des Strombedarfs
16 rechnerisch aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Erneuerbare Energien haben seit
17 2022 maßgeblich dazu beigetragen, die Abhängigkeit Deutschlands und der EU von
18 fossilen Energieimporten zu reduzieren und Energiepreise zu senken und sie
19 ermöglichen gerade in Schleswig-Holstein neue wirtschaftliche Perspektiven. Die
20 Energiewende stärkt die Bedeutung unseres Landes in Deutschland und in Europa.

21 Trotz des Erfolgszuges der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein,
22 Deutschland und der Welt und der dramatischen Entwicklung der Klima-Kennzahlen
23 in Schleswig-Holstein, Deutschland und der Welt stand Klimaschutzpolitik und -

24 engagement selten so unter Druck wie heute: Diskussionen über eine Abkehr vom
25 Aus für Neuzulassungen von Pkw mit fossilen Verbrennungsmotoren ab 2035, diffuse
26 Debatten um das Gebäudeenergiegesetz, gefährliches Hintertreiben des 1,5 °C-
27 Ziels auf Bundes- und EU-Ebene und eine irrlichternde
28 Bundeswirtschaftsministerin mit großem Faible für Gaskraftwerke prägen die
29 politische Klimadebatte.

30 Für uns Grüne ist klar: Der häufig gegen den Klimaschutz ins Feld geführte
31 „gesunde Menschenverstand“ duldet keine Wackelei bei Klimaschutz, Artenvielfalt
32 und Energiesouveränität. Kapitulation ist keine Option!

33 Schleswig-Holstein beweist, dass ambitionierter Klimaschutz und wirtschaftliche
34 Prosperität kein Widerspruch sind. Vielmehr kann eine ambitionierte
35 Energiewende- und Klimaschutzpolitik zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil
36 werden. Netto-Null-Technologien gehören zu den Märkten, in denen die EU noch
37 global eine Innovations- und Technologieführerschaft hat. Hier gilt es
38 anzusetzen, Ansiedlungen zu fördern, Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle beim EE-
39 Ausbau geschickt zu verknüpfen mit den Bedürfnissen der energieintensiven
40 Industrie und so einen echten Standortvorteil zu erwirken.

41 Schleswig-Holstein ist eines von vier deutschen Ländern in dem derzeit ein Net-
42 Zero Acceleration Valley entsteht. Die EU möchte in diesen Regionen
43 Produktionskapazitäten für sogenannte Netto-Null-Technologien stärken. Auch hier
44 zeigt sich: Schleswig-Holstein ist beim notwendigen Strukturwandel ganz vorne
45 dabei. Wir unterstützen diesen Kurs.

46 Jährlich werden fast 1 Mrd. Euro in Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein
47 investiert. Jährlich werden fast 500 Mio. Euro in die Stromnetze in Schleswig-
48 Holstein investiert. Aus der Gewerbesteuer fließen hohe Millionenbeträge in
49 unsere Kreise und Gemeinden. Bürgerwindparks lassen Bürger*innen an der
50 Energiewende teilhaben. Der Bürgerenergiefonds der Landesregierung ist
51 regelmäßig überzeichnet und mit einem Volumen von rund 10 Mio. Euro in dieser
52 Wahlperiode bereits um über 200% gewachsen. Die Wärmewende ist ein regelrechtes
53 Konjunkturprogramm für Handwerk, Stadtwerke und Tiefbauunternehmen. Die
54 Investitionen in Batteriespeicher erreichen mittlerweile auch dreistellige
55 Millionenbeträge. Investor*innen suchen die Nähe zu Umspannwerken und
56 Erneuerbarem Strom. Beides finden sie in Schleswig-Holstein.

57 Der wirtschaftliche Aufbruch, den Deutschland verzweifelt sucht, ist in
58 Schleswig-Holstein längst Realität. Und es ist ein grüner Aufbruch. Wir Grüne
59 haben die Energiewende in Schleswig-Holstein seit 2012 in Schwung gebracht und
60 sind zuverlässiger Ansprechpartner für die Industrie vor Ort, die sich auf den
Weg in Richtung Klimaneutralität macht. Während andere Rückwärtsdebatten führen

62 und den Wandel bekämpfen, nehmen wir ihn volley und arbeiten wir an einer guten
63 Zukunft.

64 Damit dieser grüne Aufschwung auch sein volles Potenzial entfalten kann fordern
65 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein:

- 66 • Die Klimaziele dürfen nicht aufgeweicht werden. Wir stellen uns diesen
67 Versuchen, in Schleswig-Holstein, im Bund und auf europäischer Ebene
68 entgegen. Maßnahmen zur Erreichung müssen ambitioniert vorangetrieben
69 werden. Das 1,5 Grad Ziel ist einzuhalten, und zwar in allen Sektoren und
70 auf allen staatlichen Ebenen.
- 71 • Um den erforderlichen Finanzierungsbedarf für die Transformation
72 sicherzustellen, müssen Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds
73 (KTF) sowie aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität
74 konsequent für echte, zukunftsgerichtete Klimaschutzprojekte verwendet
75 werden. Einer Zweckentfremdung muss ein Riegel vorgeschoben werden.
76 Zusätzlich muss die angekündigte Reform der Schuldenbremse zur
77 Finanzierung der Klimatransformation kommen.
- 78 • Um Klimaschutz möglichst kosteneffizient umzusetzen, halten wir weiterhin
79 an Marktmechanismen als Leitinstrument der Klimapolitik fest. Der
80 europäische Emissionshandel für Gebäude und Verkehr (ETS II) muss 2027 wie
81 geplant starten. Die Debatte über Ausnahmen vom ETS II und Verzögerungen
82 bei der Einführung sind ein Risiko für die Planungssicherheit von
83 Unternehmen und Verbraucher*innen. Im Übergang des nationalen
84 Emissionshandels zum ETS-II muss auf Kontinuität der CO2-Preise geachtet
85 werden, dafür ist ein nationaler, möglichst gemeinsam mit anderen EU-
86 Staaten umzusetzender Mindestpreis vorzusehen.
- 87 • Für BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ist es eine Selbstverständlichkeit, dass
88 Einnahmen aus der CO2-Bepreisung sozial gerecht in die Gesellschaft
89 zurückfließen müssen. Von zentraler Bedeutung ist, auch
90 einkommensschwachen Haushalten Unterstützung zukommen zu lassen, wie sie
91 sich aus dem fossilen Lock-In befreien können. Daher ist eine
92 Unterstützung sowohl von Klimaschutzmaßnahmen als auch finanzielle
93 Kompensation für steigende Energiepreise insbesondere für Menschen mit
94 geringem Einkommen zwingend erforderlich. Die Bundesregierung muss zügig
95 den geforderten Klimasozialplan vorlegen und darüber hinaus Investitionen
96 und Fördermaßnahmen verstärkt auf die Handlungsmöglichkeiten dieser

97 Gruppen ausrichten. Es muss regulativ sichergestellt werden, dass
98 Investitionen nicht vollständig auf den Mieter*innen abgeladen werden
99 sondern fair aufgeteilt werden.

- 100 • Eine Absenkung der Stromsteuer für alle Verbraucher*innen ist eine in der
101 Breite wirksame Option zur Entlastung der Energiekund*innen und würde die
102 Wirtschaftlichkeit von Sektorkopplungstechnologien stärken.
- 103 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die Grundvoraussetzung für
104 Klimaschutz. In den vergangenen Jahren wurden Weichen für einen zügigen
105 Ausbau Erneuerbarer Energien gesetzt. Noch in dieser Legislaturperiode
106 werden ausreichend Flächen für die Windkraft ausgewiesen, um die Ziele des
107 Windflächenbedarfsgesetzes erfüllen zu können. Im Bereich der Photovoltaik
108 begrüßen wir den Zubau besonders in den Bereichen Agri-PV und
109 Biodiversitäts-PV und möchten zudem verstärkt versiegelte Flächen wie
110 geeignete Parkflächen nutzen. Bioenergie ist ein Multitalent als
111 Flexibilitätsoption für den Stromsektor, als Wärmequelle und zur
112 Bereitstellung von erneuerbarem Kohlenstoff. Die Nutzung nachwachsender
113 Rohstoff muss weiter zurückgefahren werden.
- 114 • Schneller werden müssen wir bei allen Maßnahmen des natürlichen
115 Klimaschutzes. Das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz muss auf
116 Bundes- und Landesebene ambitioniert umgesetzt werden. Natürliche Senken
117 müssen von Emittenten zu Klimaschützern werden. Gleichzeitig sind sie
118 unsere Verbündeten beim Klimaschutz. Das gilt auch für Flächen des Landes.
119 Die Wiedervernässung von Mooren, die Neuwaldbildung, die Wiederherstellung
120 von Seegraswiesen und die natürliche Entwicklung von Küstenökosystemen
121 liegen im Überragenden Öffentlichen Interesse. Eine Änderung des
122 Dauergrünlandhaltungsgesetzes zulasten des Klima-, Gewässer- und
123 Artenschutzes lehnen wir strikt ab.
- 124 • Vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltslücken ist es unausweichlich,
125 dass auf Bundesebene endlich klimaschädliche Subventionen konsequent
126 abgebaut werden. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist sozial ungerecht
127 und klimapolitisch falsch. Wir fordern die Einführung eines
128 einkommensunabhängigen und damit sozial gerechteren Mobilitätsgeldes, eine
129 bundesweite Sozialstaffel beim Deutschlandticket sowie eine deutliche
130 Jobticketausweitung und Cofinanzierung durch die Arbeitgeber. Ohnehin
131 müssen Einnahmen aus dem Abbau klimaschädlicher Subventionen zwingend

132 sozial gerecht und klimafreundlich verwendet werden. Neue Subventionen für
133 klimaschädliche Technologien, wie es beispielsweise mit der Errichtung
134 neuer Gaskraftwerke geplant ist, dürfen nicht auf den Weg gebracht werden.

135

- Fossile Lock-Ins müssen ausgeschlossen werden. Deshalb lehnen wir die
136 Gasförderung vor Borkum und das dazugehörige Vertragsgesetz des
137 Unitarisierungsabkommens strikt ab. Gleiches geht für das Ansinnen der
138 Bundesregierung CCS an Gaskraftwerken zuzulassen und zu subventionieren.

139

- Der Weg in die Zukunft ist ein Weg der sauberen Technologien. Für die
140 Wirtschaft ist das eine große Chance. Sie brauchen in der Phase des
141 Markthochlaufs die Sicherheit, dass Produkte auch verkauft werden. Grüne
142 Leitmärkte senden hier die notwendigen Signale und sind Voraussetzung für
143 Innovation und Grünes Wachstum. Der Bund muss dringend in die Umsetzung
144 der noch von der Ampel-Regierung vorgeschlagenen Instrumente zum Aufbau
145 der Grünen Leitmärkte gehen. Das gilt insbesondere auch für Produkte, die
146 auf Grünen Wasserstoff setzen. Wir haben die klare Erwartung an die
147 Bundes- und auch die Landesregierung, dass bei sämtlichen
148 Infrastrukturinvestitionen sichergestellt wird, dass klimafreundliche
149 Baustoffe und Materialien verwendet werden, damit der Markthochlauf
150 gelingen kann. Die Verwendung sämtlicher Mittel des LuKiFG muss zwingend
151 klimaangepasst und klimaschutzorientiert erfolgen.

152

- Die Wärmewende ist weiterhin der schlafende Riese des Klimaschutzes. Mit
153 dem Wärmeplanungsgesetz ist die Kommunale Wärmeplanung zur Pflichtaufgabe
154 für alle Gemeinden geworden. Längst ist klar, dass die Wärmepumpe
155 kosteneffizient und wirksam ist. Ein Festhalten an Öl und Gas führt direkt
156 in die Kostenfalle. Kommunen, Unternehmen, Eigentümer*innen und Mietende
157 dürfen nicht durch eine neue Heiz-Debatte vollends verunsichert werden.
158 Wir werden weder eine Abschaffung noch eine Entkernung des GEG mitmachen.
159 Auf kommunaler Ebene dürfen Klimaschutzinvestitionen nicht an der
160 Kommunalaufsicht scheitern. Es war die richtige Entscheidung dass unsere
161 schwarz-grüne Landesregierung Anfang 2025 im Klimaschutzgesetz klipp und
162 klar festgelegt hat, dass auch im Gebäudesektor ab 2040 keine CO2-
163 Emissionen mehr entstehen dürfen. Daran werden wir nichts ändern. Die
164 Umsetzung der Wärmepläne richten wir daran aus.

165

- Im Verkehrsbereich werden wir dafür sorgen, dass die mit dem LuKiFG zur
166 Verfügung gestellten Schienen- und Radverkehrsmittel schnell und prioritätär

167 verbaut werden. Wir werden darauf drängen, dass Hein Schönberg noch in
168 dieser Legislaturperiode auf allen Abschnitten fertiggestellt wird, dass
169 die Stadtbahn ausfinanziert wird und dass zusätzliche Strecken reaktiviert
170 und Takte auf bestehenden Linien verdichtet werden. Wir erwarten, dass
171 bundesweit die notwendigen Gelder und Ressourcen innerhalb der deutschen
172 Bahn zur Verfügung gestellt werden und drängen weiterhin darauf, Strecken
173 von der deutschen Bahn abzukaufen, um im Land schneller beim Ausbau der
174 Schiene voranzukommen. Während wir in den letzten Jahren die
175 Ladeinfrastruktur für Elektroautos auf ein im Bundesvergleich Topniveau
176 gebracht haben, werden wir nun auch dafür sorgen, dass die
177 Elektromobilität im straßengebundenen ÖPNV und Schwerlastverkehr kräftig
178 voran kommt. Aufweichungen bei Flottengrenzwerten oder gar eine Aufhebung
179 des Verbotes der Neuzulassung fossiler Verbrenner nach 2035 lehnen wir
180 kategorisch ab.

181 Beim Klimaschutz geht es um nichts weniger als um die Zukunft der Menschheit auf
182 der Erde. In den letzten Monaten ist das von interessierter Seite immer wieder
183 in Zweifel gezogen worden. Aber jüngste Umfragen sowie der Bürgerentscheid in
184 Hamburg zeigen, dass das Thema die Menschen weiterhin bewegt. Sie wünschen sich
185 ernsthaften Klimaschutz. Dieser Wunsch steht, ebenso wie die klaren Botschaften
186 der Wissenschaft und des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutz weiter im
187 Mittelpunkt unserer Politik.

188 Schleswig-Holstein hat das Zeug dazu, bis 2040 zum ersten Klimaneutralen
189 Industrieland zu werden. Wir werden mit der Umsetzung, Ausfinanzierung und
190 Fortschreibung des Klimaschutzprogramms ein Bündel von landespolitischen
191 Maßnahmen umsetzen, weiter für entsprechende Rahmenbedingungen auf europäischer
192 und nationaler Ebene streiten und es nicht zulassen, dass diese Zielsetzung von
193 fossilen Lobbygruppen und rückwärtsgewandten politischen Kräften zulasten
194 künftiger Generationen infrage gestellt wird.

Begründung

Zum Zeitpunkt unseres Landesparteitags findet in Belem die COP30 statt. Wir senden mit unserem Antrag ein klares Signal, dass wir im Kampf gegen die Klima- und Artenkrise Kurs halten. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft!

Das Jahr 2024 war sehr warm.

Es war das wärmste Jahr seit wir das Wetter aufzeichnen.

Das gilt für Schleswig-Holstein.

Die Klimakrise betrifft uns alle.

Die Ostsee ist in den letzten 30 Jahren 2 Grad wärmer geworden.

Die ganze Welt ist im Durchschnitt etwa 1,2 Grad wärmer geworden.

Mehr CO₂ wurde 2024 in die Luft geblasen.

Es gibt immer mehr extreme Wetter-Ereignisse.

In Europa sterben immer mehr Menschen wegen der Hitze.

Es sind Zehntausende Menschen pro Jahr.

Viele Menschen auf der Welt müssen wegen der Klimakrise wegziehen.

Es ist sehr wichtig, dass wir auf der Weltklimakonferenz in Belem Fortschritte machen.

Das ist auch für Schleswig-Holstein wichtig.

Aber es gibt auch gute Neuigkeiten.

Im Jahr 2024 waren fast alle neuen Kraftwerke, um Strom zu erzeugen, erneuerbare Energie-Kraftwerke.

Das war weltweit so.

Erneuerbare Energien machen schon 30% des gesamten Stroms aus.

In Schleswig-Holstein wird sogar doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Quellen hergestellt, wie wir brauchen.

Die erneuerbaren Energien helfen uns dabei, unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu sein.

Das hilft auch, dass die Energie billiger wird.

In Schleswig-Holstein bringen die erneuerbaren Energien neue wirtschaftliche Chancen.

Das hilft unserem Land in Deutschland und Europa.

Unterstützer*innen

Silke Backsen (KV Nordfriesland), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Alke Elisabeth Voß (KV Kiel), Joschka Knuth (KV Flensburg), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Nelly Waldeck (KV Kiel), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Erika von Kalben (KV Pinneberg), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Jasmin Moreau (KV Herzogtum Lauenburg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Alexander Winizki (KV Stormarn), Anke Erdmann (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Jessica Leutert (KV Kiel), Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn), Norbert Dick (KV Schleswig-Flensburg), Henning Vollert (KV Segeberg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Justus Riedlinger (KV Rendsburg-Eckernförde), Peer Lessing (KV Pinneberg), Kevin Skrzypczak (KV Kiel), Christoph Fischer (KV Segeberg), Martin Merlitz (KV Herzogtum Lauenburg), Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Lukas Unger (KV Pinneberg), Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Milena Vanini (KV Kiel), Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde), Zoé Engel (KV Lübeck), Silke Schneider (KV Lübeck), Jakob Everding (KV Plön), Michaela Dämmrich (KV Stormarn), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Kurt Reuter (KV Stormarn), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Martina Leverenz (KV Segeberg), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Conny Clausen (KV Flensburg), Stefan Lansberg (KV Plön), Birgit Ott (KV Kiel), Wiebke Christin Nozulak (KV Stormarn), Detlef Ziemann (KV Stormarn), Ullrich

Kruse (KV Stormarn), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Annika Stahlhut (KV Stormarn), Florian Leifer (KV Stormarn), Falk Bednarski (KV Flensburg), Anita Davidse (KV Herzogtum Lauenburg), Birgit Graf (KV Herzogtum Lauenburg), Maria Fischer (KV Schleswig-Flensburg), Svea Balzer (KV Kiel), Reimo Schaaf (KV Ostholtstein), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Jakob Hendrik Rühl (KV Ostholtstein), Paulina Spiess (KV Kiel), Petra Kärgel (KV Pinneberg), Ulrike Täck (KV Segeberg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Annette Granzin (KV Ostholtstein), Elke Dullweber (KV Stormarn), Lukas Reithofer (KV Kiel), Ben Lüdke (KV Steinburg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Ines Strehlau-Thomas (KV Pinneberg), Gabriele Braune (KV Ostholtstein), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Hans-Peter Hopp (KV Ostholtstein), Lino Weiss (KV Kiel)